

Indonesien

FIAN, Peace Brigades International (PBI),
in Zusammenarbeit mit: Stiftung Asienhaus,
Watch Indonesia!, Westpapua-Netzwerk

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Die Menschenrechtslage in Indonesien verschlechtert sich weiter. Militärische Gewalt nimmt zu, zivile Räume werden eingeschränkt, Vertreibung und Repression greifen um sich. Internationale Rüstungs- und Handelspartnerschaften stärken die Regierung, während lokale Gemeinschaften ihre Lebensgrundlagen verlieren. Die Qualität der Demokratie nimmt ab, rechtsstaatliche Prinzipien erodieren und Minderheitenrechte werden untergraben. Die Agenda des schnellen und umfassenden Wirtschaftswachstums mit dem Fokus auf den massiven Ausbau von Industrie und Infrastruktur überlagert die Förderung und den Schutz von Menschenrechten und der menschlichen Sicherheit. Als ungebrochen erweist sich die rechtliche und strukturelle Diskriminierung von Frauen, religiösen und sexuellen Minderheiten sowie Indigenen. Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen umfassen außergerichtliche Tötungen, Folter, Misshandlung und Übergriffe in Konfliktgebieten. Die Regierung unternimmt keine wirksamen Schritte, um Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen.

Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit nehmen zu. Sicherheitskräfte gehen bei Protesten mit übermäßiger Gewalt vor. Im August 2025 eskalierten Proteste gegen die zunehmend prekäre wirtschaftliche Lage sowie den Lebensstil der politischen Elite und die Zustimmung der Regierung zur Erhöhung der parlamentarischen Zulagen. Gegen die Massendemonstrationen wurde gewaltsam vorgegangen, unter Einsatz des Militärs. Acht Menschen sind gestorben und über 1.000 wurden festgenommen.¹

Menschenrechtsverteidiger:innen, Umweltschützer:innen und Medienschaffende werden willkürlich verhaftet, schikaniert und kriminalisiert. Das reformierte Strafgesetzbuch verschärft die Repression, indem es Kritik an Amtsträger:innen unter Strafe stellt und Tatbestände wie Verleumdung und „Fake News“ ausweitet. Zusammen mit dem ITE-Gesetz dient es der Unterdrückung digitaler Meinungsäußerung. Hackerangriffe, Online-Diffamierung und Überwachung sind gängige Mittel der Einschüchterung.

Deutschland spielt als Co-Leitung der Just Energy Transition Partnership (JETP) mit Japan eine zentrale Rolle in Indonesiens Energie- und Klimapolitik. Zugleich sichern europäische Initiativen wie der Critical Raw Materials Act und das

EU-Indonesien-Freihandelsabkommen (CEPA) langfristigen Zugang zu strategischen Rohstoffen. Trotz des Anspruchs auf eine „gerechte“ Energiewende, zeigt sich vor Ort ein anderes Bild: die KfW-finanzierte Erweiterung des Geothermiekraftwerkes Ulumbu auf Flores hat schädliche ökologische und soziale Folgen und FPIC-Standards wurden nicht erfüllt.² Der Nickelabbau auf Sulawesi und den Molukken, zentral für deutsche Autohersteller, trägt zu Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen bei. Ohne verbindliche Menschenrechts- und Umweltstandards besteht die Gefahr, dass die deutsche Beteiligung demokratische Rückschritte und soziale Ungleichheit in Indonesien verstärkt.

Westpapua am Limit: Militarisierung statt Lösungen

Der bewaffnete Konflikt in Westpapua dauert seit Jahren an und hat weiterhin massive Folgen für die Zivilbevölkerung. Der 2024 ins Amt des Präsidenten gewählte Prabowo Subianto setzt mit seiner Regierung weiterhin auf wirtschaftliche Großprojekte und Rohstoffausbeutung, abgesichert durch militärische Präsenz. Dies führt zu mehr Gewalt, Enteignungen und zur weiteren Marginalisierung der indigenen Bevölkerung. 2024 erreichte die Eskalation einen neuen Höhepunkt: Unabhängige Stellen dokumentierten 135 bewaffnete Angriffe – die höchste Zahl seit Beginn der Verschärfung 2018.³

Zwar gingen die zivilen Opferzahlen im Vergleich zu 2023 leicht zurück, doch Vertreibungen und militärische Operationen zwangen Zehntausende in die Flucht.

Zentrale Probleme sind Strafflosigkeit, außergerichtliche Tötungen, Folter und Einschränkungen der Meinungsfreiheit. Fälle von Misshandlungen durch Polizei und Militär werden kaum aufgeklärt; Verfahren und Prozesse gegen Täter bleiben aus. 2024 wurden 17 außergerichtliche Hinrichtungen und 53 Folterfälle dokumentiert.⁴ Angehörige der Opfer und Menschenrechtsverteidiger:innen stoßen mit Forderungen nach Gerechtigkeit auf Widerstand und werden häufig diffamiert oder eingeschüchtert. Proteste werden gewaltsam aufgelöst, Aktivist:innen verhaftet. Zwar gingen die Anklagen wegen Hochverrats zurück, wurden aber durch andere Strafrechtsparagrafen ersetzt.

1 DW, September 2025: What is behind Indonesia's deadly protests? – DW – 09/02/2025

2 Coalition for Human Rights in Development, September 2025: KfW – Bankgeschäfte ohne Verantwortung: Die versteckten negativen Auswirkungen der Geschäfte der deutschen Entwicklungsbank. <https://rightsindevelopment.org/wp-content/uploads/securepdfs/KfW-Irresponsible-Banking-German.pdf>

3 Human Rights Monitor (2025): HRM Annual Report, Human rights and conflict in West Papua 2024, S. 8.

4 Ebd.

Zu Beginn des Jahres 2025 verschärfte sich die ohnehin angespannte Situation erneut. In den ersten drei Monaten führten Militäroperationen – auch mit Luftangriffen – in den Hochlandregionen Westpapas zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Zwischenzeitlich waren bis zu 100.000 Menschen als Binnenvertriebene registriert. Da die Regierung die Vertreibungen leugnet, erhalten sie kaum Unterstützung und werden ohne humanitäre Hilfe, sichere Unterkunft, sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung zurückgelassen. Auch gezielte Tötungen von Zivilist:innen sowie Übergriffe auf Studierende, Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen nahmen zu.

Die Lebensbedingungen verschlechtern sich auch abseits direkter Gewalt. Schulen in Konfliktgebieten bleiben geschlossen, Lehrkräfte fehlen oder werden durch Soldaten ersetzt. Tausende Kinder erhalten keinen Unterricht, Analphabetismusraten sind hoch. In ländlichen Regionen fehlen Ärztinnen, Medikamente und funktionierende Kliniken. In manchen Gebieten

übernehmen Militärangehörige medizinische Aufgaben, was Misstrauen hervorruft. Krankenhäuser werden für militärische Zwecke genutzt. Frauen und Kinder sind besonders von der schlechten Versorgung betroffen. Die Regierung setzt auch in Westpapua große Agrar- und Infrastrukturprojekte um, oft ohne Zustimmung der indigenen Bevölkerung und missachtet damit ihr international verankertes Konsultationsrecht (FPIC). Diese bedrohen kulturelle Identität und Lebensgrundlagen. Palmöl- und Bergbauprojekte sowie das Ernährungsprojekt in Merauke führen zu Vertreibungen und Waldzerstörung.

Indonesiens schwindende demokratische Standards und die fortschreitende Militarisierung bergen erhebliche Risiken – auch für Deutschlands Engagement. Eine wertegeleitete Außenpolitik erfordert klare Konditionalitäten bei Klima- und Wirtschaftspartnerschaften, verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten und gezielte Unterstützung unabhängiger starker Zivilgesellschaften.

Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass:

1. die deutschen Investitionen in Indonesien an klare Vorgaben zu Menschenrechten, Transparenz und Gerechtigkeit gebunden sind und dass Infrastruktur- und Industrieprojekte soziale und ökologische Schutzmaßnahmen enthalten sowie Partizipations- und Mitspracherechte der Zivilgesellschaft bei ihrer Entwicklung, Überwachung und Bewertung im Hinblick auf die Einhaltung von Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsstandards gewährleistet sind;
2. die erstarkende Rolle des Militärs in Indonesien aufmerksam und kritisch beobachtet wird und kein Export von Rüstungsgütern stattfindet;
3. sich die indonesische Regierung für einen politischen Dialog unter Beteiligung einer neutralen dritten Partei zur nachhaltigen Beilegung des Konflikts in Westpapua öffnet und Westpapua für Vertreter:innen der Vereinten Nationen und andere Akteur:innen öffnet;
4. die indonesische Regierung sich klar und aktiv zu Transitional Justice und Menschenrechtsschutz bekennt, der Menschenrechtsvergehen aufarbeitet, Täter:innen zur Rechenschaft zieht und Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger:innen und Umweltaktivist:innen ergreift.